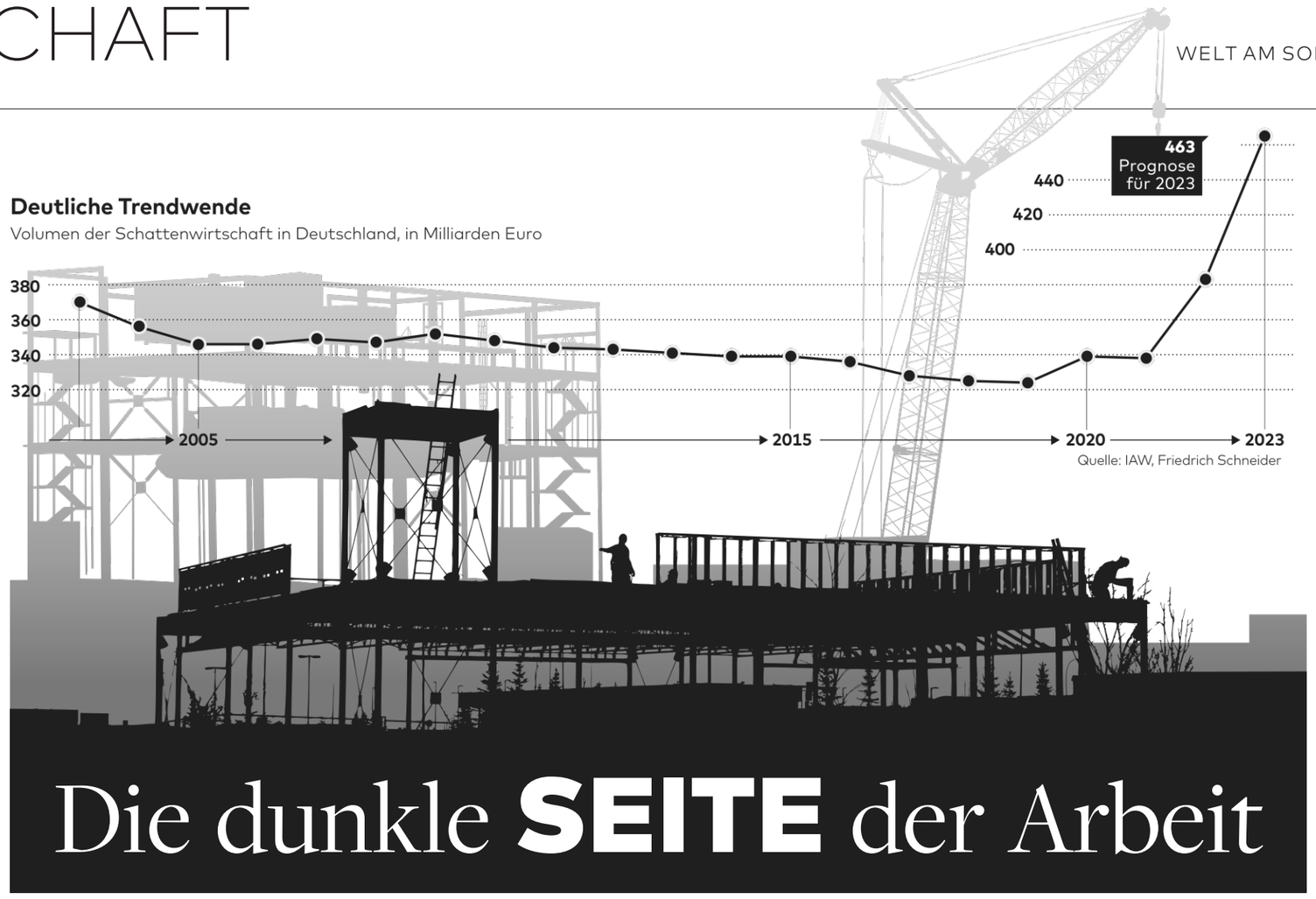

Die dunkle **SEITE** der Arbeit

In Deutschland nimmt Schwarzarbeit dramatisch zu und kostet den Staat Milliarden. Hauptgrund ist die Inflation. Umstritten ist, welche Rolle das Bürgergeld spielt

Sicherheitskräfte auf der Gartenschau in Mannheim, die ohne Vertrag arbeiten, ein Lebensmittelhändler in Siegen ohne gültige Papiere, ein Bauunternehmer aus Essen, der seine Arbeiter unter der Hand bezahlt: Diese Fälle sind nur ein Ausschnitt dessen, was der Zoll in den vergangenen Tagen an Schwarzarbeit aufgedeckt hat. Tatsächlich kostet die Schattenwirtschaft den Staat jährlich Milliarden an Einnahmen. Umso alarmierender ist die neue Prognose des Finanzwissenschaftlers Friedrich Schneider. Er berechnet seit Langem das Volumen der Schwarzarbeit und die damit verbundenen Steuerausfälle. Nun sieht sich der Ökonom dazu gezwungen, diese Zahl während des laufenden Jahres nach oben zu korrigieren.

VON JAN KLAUTH

Schneiders Einschätzung zufolge wächst der Umfang der Schattenwirtschaft 2023 auf 463 Milliarden Euro. Das ist eine Zunahme um rund 80 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr. Die Berechnung des Wissenschaftlers liegt WELT AM SONNTAG exklusiv vor. Das Verhältnis der prognostizierten Schattenwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst damit auf umgerechnet 10,7 Prozent des BIP.

Bereits zu Beginn des Jahres hatte der Experte einen starken Anstieg des Umfangs der Schattenwirtschaft auf 443 Milliarden Euro prognostiziert. Wegen der hohen Preise und der Auswirkungen der Energiekrise gehe er aber nun von einem weiteren Zuwachs um 20 Milliarden Euro im laufenden Jahr aus, erklärt der Ökonom. Allein durch diesen Anstieg rechnet er mit verloren gegangenen Steuern und Sozialabgaben von weiteren 2,4 Milliarden Euro. Die Zahlen könnten sogar noch weiter steigen – als Folge höherer Erwerbslosenzahlen etwa. Tatsächlich rechnet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in den kommenden Monaten mit einem Zuwachs der Arbeitslosenquote.

Am häufigsten seien es jedoch nicht Menschen ohne Job, die ihre Einkommensverluste aufgrund der stark gestiegenen Preise – etwa für Lebensmittel und Energie – ausgleichen wollten, sagt Schneider. Es seien vor allem Arbeitnehmer mit einem lediglich geringen Verdienst. „Da viele staatliche Transfers, so auch das Bürgergeld, für viele nicht ausreichen, ist der Anreiz, schwarz dazuzuverdienen, hoch“, meint er. „Für Beschäftigte in der Bau-, Gastronomie- und Hotelbranche sowie in haushaltsnahen Dienstleistungen gibt es jetzt mehr Anreize, schwarz zu arbeiten.“

MEHR FÄLLE IM HANDWERK

Weil es gerade in diesen Sektoren immer wieder zu Beschäftigungsverhältnissen ohne Vertrag und Anmeldung kommt, das Personal in bar ausgezahlt wird oder selbst mit offizieller Registrierung mehr gearbeitet wird als auf dem Papier, gehen Experten davon aus, dass der größte Teil der Schattenwirtschaft unentdeckt bleibt. Der Zoll, zuständig für Schwarzarbeit, ermittelt zwar bei Verdachtsfällen. Auf Nachfrage kann er aber keine Zahlen für das laufende Jahr nennen. Der Anstieg der vergangenen Jahre macht sich jedoch auch in der Arbeit der Behörden bemerkbar. Prüfte der Zoll 2020 noch 44.702 Unternehmen, waren es 2021 bereits 48.064 und im vergangenen Jahr 53.182.

Sektoren, in denen überdurchschnittlich viel schwarz gearbeitet wird, sind etwa Logistik, Bauwesen, körpernahe Dienstleistungen wie das Friseurwesen, Reinigung oder das Handwerk. Beim Zentralverband des Handwerks (ZDH) ist man sich der Entwicklung bewusst. Der Arbeitskräftemangel habe „keineswegs“ dazu geführt, dass die Schwarzarbeit zurückgegangen sei, heißt es dort auf Nachfrage. Rückmeldungen aus einzelnen Branchen wiesen derzeit darauf hin, dass organisierte Formen illegaler Beschäftigung wieder vermehrt aufträten.

Die Höhe des Bürgergelds – aktuell 502 Euro für Alleinstehende – und dessen geplanter Anstieg ab Januar 2024 auf 563 Euro hatten in den vergangenen Wochen eine Debatte darüber ausgelöst, inwiefern die staatliche Sozialleistung – auch in Kombination mit Schwarzarbeit – ein Fehlanreiz für Erwerbsarbeit sein könnte. Die Meinungen dazu sind geteilt. „Fest steht natürlich, dass durch die Erhöhung des Bürgergeldes der Lohnabstand geringer wird“, sagt etwa Frank Huster, Geschäftsführer des Bundesverbands Spedition und Logistik. „Das kann gerade für die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen demotivierend wirken und falsche Anreize setzen.“

Ähnlich argumentiert Heribert Jöris, Geschäftsführer Sozial- und Tarifpolitik beim Zentralverband Deutsches Baugewerbe. „Die Regelungen zum Bürgergeld – Höhe und Verdienstanrechnung – könnten natürlich dazu führen, dass sich Menschen gegen die Aufnahme einer Tätigkeit entscheiden oder weniger arbeiten. Ob hierdurch auch Anreize für mehr illegale Beschäftigung entstehen, muss streng kontrolliert werden.“ Finanzexperte Schneider hingegen sieht im Bürgergeld kein zusätzliches Motiv. Seiner Einschätzung zufolge arbeitet bis zu einem Drittel der Leistungsempfänger schwarz, weil „sie mit dem Bürgergeld nicht auskommen“.

BOOM DER MINI-JOBS

Nach Meinung von Marie-Christin Kamann, Deutschland-Chefin des Züricher Start-ups Quitt, gibt es noch einen weiteren Grund für die wachsende Schattenwirtschaft. „Obwohl mehr Personen arbeiten als je zuvor, ist dies hauptsächlich auf den Boom der Mini- und Midijobber zurückzuführen“, sagt Kamann. Mehr als 4,3 Millionen sind es derzeit. „Der Staat sieht davon wenig: Die meisten Mini- und Midijobber zahlen kaum Steuern.“ Gerade für sie gebe es zu hohe Anreize zur Schwarzarbeit.

Das Start-up ist auf die Digitalisierung von Behördenprozessen spezialisiert. Für Privatpersonen, die Hilfskräfte im Haushalt anstellen, wird die Anmeldung, Verwaltung und Abrechnungen übernommen – so macht sich keine der beide Seiten strafbar. Seit 2011 ist das Angebot in der Schweiz verfügbar, in Deutschland seit rund einem Jahr. Bislang hält sich die Nachfrage hierzulande jedoch in Grenzen. Während im Alpenstaat nach Unternehmensangaben rund 20.500 Arbeitgeber mit mehr als 37.000 Arbeitsverträgen über Quitt erfasst sind, nutzen in Deutschland bislang nur 120 zahlende Kunden das Angebot.

ZU VIEL BÜROKRATIE

Den Beitrag privater Haushalte zur Schattenwirtschaft hält Kamann für unterschätzt. Und tatsächlich: Einer Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge werden neun von zehn Haushaltshilfen schwarz beschäftigt – fast 3,6 Millionen Haushalte sollen es sein. Den Hauptgrund dafür sieht die Quitt-Deutschland-Chefin Kamann in der überbordenden Bürokratie hierzulande. „Es ist viel zu kompliziert, sich für Midijobs offiziell anzumelden und den gesetzlichen Dokumentationspflichten nachzukommen.“

Dass es auch anders gehen kann, zeigt Frankreich. Dort bietet der Staat seit 2006 eine kostenlose Digital-Plattform zur Dokumentation und Abrechnung für Angestellte in Privathaushalten an.

ANZEIGE